

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für den vord. und rückw. Postbezugsstellen monatlich 1.00 M.
für den vord. Postbezugsstellen 1.25 M. unter Kreuzband für Deutschland und
Südfrankreich 1.50 M. — Einzelne täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

Redaktion: St. Jungferstraße 14, II. Tel. 3462.
Geschäftsstelle: am Montag von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: St. Jungferstraße 14. Tel. 1709.
Verlagsort: Dresden, am Montag von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Interesse werden die Einzelnummern 20 Pf. berechnet, bei bestmöglicher
Unterhaltung nach Absatz möglich. Fernbestellungen 20 Pf. Interests müssen
bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgehoben sein und sind im
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 146. Dresden, Dienstag den 28. Juni 1910. 21. Jahrg.

Rheinbaders Rücktritt.

Plötzlich ist Krumpf — heut mehr denn je. Plötzlich war es mit Bernburg aus. Plötzlich fühlte sich der preussische Minister des Innern v. Wolff verabschiedet und mit ihm sein Kollege, der Landwirtschaftsminister. Raum sind diese Plötzlichkeiten vorüber, da kommen neue, noch mehr überraschende. Der Kaiser empfing am Montag in Kiel den Reichskanzler, und als Ergebnis der Beipredung reiste der Chef des Zivilkabinetts, der „Lobengel“ v. Valentini, nach Berlin, um dem preussischen Finanzminister v. Rheinbaben und dem Staatssekretär des Auswärtigen v. Schoen die Mitteilung vom Ende ihrer Amtsstätigkeit zu überbringen.

Die Nachricht von der Entlassung des Staatssekretärs v. Schoen ist nicht unerwartet. Die Gerüchte seines bevorstehenden Rücktritts sind schon seit langer Zeit oft aufgetaucht. Freiherr v. Schoen ist besonders von den alldeutschen Ueberwachungsministern häufig angegriffen worden, seine Politik war ihnen zu gemessen und ruhig, zu wenig aggressiv und provokatorisch. Das trat besonders in den Streitigkeiten über Karosoff, in den Rammesmannbeschwerden aber auch in der peripheren Frage hervor. Ob Freiherr v. Schoen schließlich derartigen Unzufriedenheiten weichen muß oder ob noch andere Kräftegeschichten dazu beigetragen haben, darüber ist bisher nichts bekannt. Uebrigens soll Schoen demnach einen Vorkaufvertrag übernommen. An seine Stelle aber soll der schon längst als Kandidat genannte v. Riberlen-Wächter treten. Durch diesen Herrn wird die Schär der um Bethmann versammelten Reichsstaatssekretäre eine wahrhaft würdige Bereicherung erfahren. Riberlen-Wächter hat sich in den Tagen der Novemberkrisis von 1908 im Reichstag so eingeführt, daß von ihm gesagt werden kann, kaum jemals sei ein Regierungsmann so sehr mit Rechtsworten übersätigt worden als er. Irrendes Vertrauen in eine gute Führung der auswärtigen Politik des Reiches durch diesen Mann kann nicht gehegt werden.

Die Nachricht von Rheinbaders Austritt dürfte als unglücklich gelten, wenn sie nicht von der Kreuzzeitung, dem diesem Minister so nahestehenden Organ, in die Welt geschickt würde. Die Kreuzzeitung schreibt in ihrer heutigen Morgenausgabe, wie aus Berlin telegraphisch gemeldet wird: „Wie wir erfahren, ist dem preussischen Finanzminister v. Rheinbaben die erwartete Entlassung bewilligt worden. Sein Ausscheiden aus dem Staatsdienst dürfte jedoch nur ganz vorübergehend sein. Die große Begehung und Arbeitskraft des Ministers lassen den öffentlichen Diensten erhalten bleiben, was die noch ausstehende Beförderung des Kandidaten Oberpräsidenten Gelegenheit bieten dürfte.“

Niemand konnte annehmen, daß die Stellung des preussischen Finanzministers Rheinbaden erschlüßelt sei. In der Wilhelmszeit trat wiederholt die Vermutung auf, daß entweder Bülow oder Rheinbaben weichen müsse. Rheinbaben war der Bülowischen Politik nicht geneigt. Er war zu vorsichtig, um sich ihr geradezu entgegenzustellen, aber er war stets mit den Konservativen im Bunde, als es galt, die Wilhelmsche Politik zu unterminieren. So blieb schließlich Rheinbaben, während Bülow ging. Aber Bülow hinterließ sein Erbe an seinen Gehilfen Bethmann-Hollweg, während die Hoffnungen Rheinbaders im Kanzleramt unerfüllt blieben. Es mag sein, daß die Rivalität um das oberste Reichsamt das Verhältnis zwischen Bethmann-Hollweg und Rheinbaben dauernd zu einem schwierigen gemacht hat. Wer kann es ermessen, was da alles in den Amtsstuben an Intrigen geleistet wurde.

Rheinbaben hat noch jüngst im preussischen Dreiklassenhaus Erfolge errungen. Er hat die 3 1/2 Millionen für die künftige Zivilliste eifrig vertreten und seinen Ruf als „scharfzüngiger“ Debattier gegen die Sozialdemokratie in den obersten höchsten Kreisen erneuert. Und daß im Herrenhause einig Kritikal an seiner Finanzlenkung geübt wurde, das kann auch nicht die Erschlüßelt seiner Stellung beweisen. Es ist also schwer zu erkennen, welche Gründe den Rücktritt dieses oben so beliebten Ministers herbeigeführt haben. Man darf zunächst vermuten, daß es sich um eigentlich politische Gründe überhaupt nicht handelt, daß Bethmann-Hollweg aus Gründen der persönlichen Zusammenarbeit erklärt hat: „Er oder ich. Es geht sich eben auch in diesem Falle wieder wie unendliche Möglichkeit der deutschen Regierungszustände: Minister gehen und kommen, ohne daß die Parlamente und das Volk befragt werden, ohne daß sie auch nur erfahren, was vorgeht, welche Gründe vorliegen.“

Freiherr v. Rheinbaben ist der zuverlässigste Minister der preussischen Junkerpartei gewesen. Er hatte den Ton und die Geste des eifrigsten Korpsstudenten, der dreist und hochmütig von oben herab die Welt der gewöhnlichen Sterblichen mißhandelt. In allen politischen und sozialen Fragen belief er nur die allerbetrüblichsten Annahmen, aber er trug die Vor mit der Schnodrigkeit, die den preussischen Junkerbürokraten auszeichnet. Er war ein Gegner der Sozialdemokratie, der strapaziös jede Waffe benutzte, die ihm irgend ein Geschichts- oder Zahlenfaktum in die Hand gab. Er war der Typus jener düstern Herren, die das regierende Preußen bei allen ersten Bemühen so widerwärtig macht.

Die Kreuzzeitung scheint andeuten zu wollen, daß die Laufbahn ihres Freundes trotz des jetzigen Rücktritts noch nicht etwa beendet ist. Sie scheint in dem Oberpräsidium

der Rheinprovinz nur einen Durchgangsposten zu sehen. Es müssen erst weitere Mitteilungen abgemartet werden, um hierüber wie überhaupt über die Gründe des plötzlichen Abschieds des Agrarliebhabers Klarheit zu erhalten.

Aus der soeben eintreffenden Nummer der Kreuzzeitung ist noch folgendes zu entnehmen:

Die Nachricht über das Ausscheiden des hochverdienten Ministers wird in weitesten, namentlich in konservativen Kreisen ebenso mit Lieberachtung wie mit aufrichtigem Bedauern aufgenommen werden. Die dem Minister Rücksichtenden wußten aber schon länger, daß er allmählich doch amtsmüde geworden war und ein anderes, ruhigeres Tätigkeitsgebiet ersehnte. Inwieweit die fortgesetzten öffentlichen Angriffe, namentlich auch die heillosen Ausstellungen gewisser Blätter, die ihn als Rebenbuhler des Reichskanzlers und als Antwortler auf dessen Stellung hinstellten, zu dem Entschlusse des Ministers, seine Entlassung zu erbitten, beigetragen haben, bleibt dahingestellt. Soviel ist sicher, daß der Rücktritt dem eigentlichen Wunsche des Freiherrn v. Rheinbaden entspricht und daß sein Entschlus zu dem Entlassungsbescheide ohne Vorwissen des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten gefaßt worden ist.

Diese Ausführungen bestätigen unsere Annahme, daß nur persönliche Gründe den Rücktritt Rheinbaders verursacht haben. Der reaktionäre Regierungskurs wird dadurch nicht beeinflusst.

Schwarz-blaues Kompromiß über die Reichsversicherungsordnung?

Der Berliner Volksbeizeiger meldet:

Von einer Seite, die als gut unterrichtet gelten kann, wird mitgeteilt, daß in den letzten Tagen zwischen Mitgliedern der konservativen Partei und des Zentrums vertrauliche Besprechungen stattgefunden haben, die voraussetzen lassen, daß Zentrum und Rechte in der zweiten Lesung der Kommission für die Reichsversicherungsordnung zu einer Einigung unter sich und mit der Regierung kommen werden, und daß das Ergebnis die Wahrung der Regierungsvorlage im großen und ganzen nur mit einigen nicht erheblichen Änderungen sein dürfte. Insbesondere sollen die in der ersten Lesung getroffenen Versicherungsänderungen auf die leitende der Regierung entscheidender Wert gelegt werden, in der zweiten Lesung angenommen werden, wogegen die Regierung sich zu einigen Ausbesserungen, insbesondere hinsichtlich der Regelung der Beiträge für die Krankenkassen, verstehen würde. Es heißt, daß das Kompromiß auf dieser Grundlage abgeschlossen werden wird und daß demnach mit dem Inkrafttreten des umfangreichen Entwurfs trotz der bisherigen schlechten Aussichten schließlich doch noch geteilt werden muß.

Wenn sich diese Nachrichten bewahrheiten, so muß sich das arbeitende Volk in Deutschland auf eine neue schwere Weisheit gefaßt machen, die an ihm durch die verbündeten Konservativen und Liberalen verübt werden soll. Wenn die Reichsversicherungsordnung nach der Regierungsvorlage und auf Grund eines schwarz-blauen Kompromisses zustande gebracht werden soll, dann wäre es nicht ein Gesetz zur Verbesserung der Arbeiterverhältnisse, sondern ein Gesetz gegen die Arbeiterklasse. Die Junker sind die geschworenen Feinde der Arbeiter, und mit ihnen verbündet sich das Zentrum, um ein Gesetz zustande zu bringen, das doch eine reine Arbeiterangelegenheit ist. Da werden selbstverständlich nicht nur alle Verschlechterungen des bestehenden Rechtszustandes, die in den bisher gehaltenen Kommissionsbeschlüssen enthalten sind, aufrechterhalten werden, sondern auch die wenigen Verbesserungen der Vorlage, die bisher durchgeführt worden sind, werden rückwärts wieder hinausgeworfen.

Auf die geplante Hälfteilung der Beiträge braucht die Regierung natürlich kein besonderes Gewicht mehr zu legen, seit es mit Hilfe des Zentrums gelungen ist, die Arbeiter unter Beibehaltung der Zweidrittel-Beitragsleistung um ihre Selbstverwaltungsbefugnisse zu prellen. Wenn der Vorliegende die Mehrheit auch der Arbeitgebenden auf sich vereinigen muß, um für gewöhnt zu gelten, so ist damit gesagt, daß das eine Unternehmerdrittel des Vorstands im wichtigsten Punkte ebenfalls Recht haben soll wie die zwei Arbeiterdrittel; eine Hälfteilung des Vorstandes nach Unternehmern und Arbeitern ist dann gar nicht mehr notwendig, und die Unternehmer bekommen mehr Rechte als bisher, ohne einen Pfennig mehr leisten zu müssen.

Die Masse des arbeitenden Volkes ist indes nicht gewillt, die Reichsversicherungsordnung als ein Geschenk aus den Händen des schwarz-blauen Blocks entgegenzunehmen. Das Zentrum geht andauernd darauf aus, seinen letzten Einfluß auf die Industriearbeiterklasse zu ruinieren. Mag es weiter noch schwarz-blauen Methoden arbeiten — es würde dafür sein rotes Wunder erleben!

Deutsches Reich.

„Hinterläßnis über das ganze Land.“

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 27. Juni meldet aus der Spitze ihrer Hof- und Personalnachrichten:

„Hinterläßnis über das ganze Land.“
„Hinterläßnis über das ganze Land.“
„Hinterläßnis über das ganze Land.“
„Hinterläßnis über das ganze Land.“
„Hinterläßnis über das ganze Land.“

„Hinterläßnis über das ganze Land.“
„Hinterläßnis über das ganze Land.“
„Hinterläßnis über das ganze Land.“

„Hinterläßnis über das ganze Land.“
„Hinterläßnis über das ganze Land.“
„Hinterläßnis über das ganze Land.“

Berliner Arbeiter und Kultur.

Der Berliner Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung kürzlich den Entwurf einer sogenannten Aufbarkeitssteuer unterbreitet, der alle volkstümlichen Kulturbestrebungen der Reichshauptstadt geradezu dem Ruin aussetzt. Nicht bloß werden Theateraufführungen bis zu den billigsten Plätzen hinauf mit 10 Proz. und mehr besteuert, sondern selbst beschreibende Vorträge sollen steuerpflichtig werden, wenn ein besonderes Eintrittsgeld für sie erhoben wird. Ausdrücklich wird ferner bestimmt, daß auch Vereine, die nicht öffentliche Theateraufführungen veranstalten, der Besteuerung unterworfen werden sollen.

Gegen diese geradezu barbarischen Bestimmungen hat die von Berliner Arbeitern gegründete und geleitete Freie Volksbühne eine fröhliche Protestaktion eingeleitet, die ihr ebenfalls ehrenvolle Anerkennungen wie dem Berliner Stadtfreireisern mißbilligende Urteile eingetragen hat. Als Beilage zu einer ausführlichen Denkschrift wird der Vorstand der Freien Volksbühne den Stadtverordneten u. a. auch eine Erklärung unterbreitet, in der es heißt:

„Seit mehr als zwanzig Jahren leitet die Freie Volksbühne im Sinne ihres Programms wirkliche Kulturarbeit, die ihr den lebhaftesten Beifall aller Schichten eingetragen hat. Organisationskörper dieser Art verdienen durch den Staat und die Gemeinde in jeder möglichen Weise gefördert zu werden. Auf keinen Fall aber ist es angebracht, ihre langjährige Tätigkeit durch bedrückende Eingriffe und finanzielle Belastung zu beeinträchtigen.“

Unterschiedet ist diese Erklärung u. a. von Prof. Karl Höpfer-Weiß, Hermann Vahr, Richard Dehmel, Max Halbe, Prof. R. Lamprecht-Leipzig, Prof. Paul Ratory-Worburg, Franz Hebel und den meisten hervorragenden Vertretern der Berliner Theaterkritik. Einer von ihnen, Alfred Kerr, fügt seiner Unterschrift noch die Bemerkung hinzu:

„Ein tapferes und großartiges Kulturunternehmen ist die Freie Volksbühne. Ein Liberalismus, der sie bekämpft, reicht kein Maßstab.“

Sollte die freisinnige Berliner Stadtverordnetenversammlung diesen Mahnungen zum Trotz mit der Steuerhölle gegen die Kulturbestrebungen der Bevölkerung vorgehen, so würde sich die Stellung des Berliner Liberalismus der Sozialdemokratie gegenüber noch weiter verschlechtern. Denn eine Partei, die solche Sünden an ihr Geschlecht nimmt, verliert das Recht, von ihrer Kulturtrübsinnigkeit und gegen die Finanzreform des schwarz-blauen Blocks zu reden.

Von der Reichsdehnt-Wirtschaft.

Der Reichsetat für 1911 soll eine Mehrausgabe von rund 115 Millionen Mark gegen 1910 aufweisen. Dieser Mehrausgabe soll in der Hauptsache durch die verstärkte Tilgung und Verzinsung der Reichsschuld, durch das Versteigern des Reichsinvalidenfonds, durch das weitere Anwerben des Pensionsfonds und durch die Abbildung eines Drittels des Reichsbudgetes aus dem Jahre 1909 entlastet sein. Von den 115 Millionen gehen etwa 40 Millionen Mark infolge Wegfalls der einmaligen Beamtenbeihilfen und der Erbschaftsteuerumlagen ab. Danach sind also 75 Millionen Mark mehr zu bedenken. Nach den ungünstigen Erträgen der Einnahmen des Reiches an Zöllen und Steuern kann man für das nächste Jahr im günstigsten Falle 60 Millionen Mark Mehreinnahmen gegen 1910 an Zöllen und Steuern annehmen. Danach verbleibt also ein Defizit von 15 Millionen Mark. Das Flottengesetz sieht aber für das Jahr 1911 eine Mehrausgabe von rund 23 Millionen Mark vor, so daß also 38 Millionen Mark mehr zu bedenken sind. An der Bilanzierung des Etats mit 80 Pf. Rattikularbeiträgen müßte aber unter allen Umständen festgehalten werden. Und aus diesem Grunde werde es, der größten Anstrengung und der bestmöglichen Verteilung der Ausgaben auf die kommenden Jahre“ bedürfen, um den Etat zu balancieren.

Im Reichsdienst.

Vor länger Zeit hatte Herr v. Geißfeldt auf Grund eines rechtskräftigen Urteils des Gerichts in Tübingen beim Kaiserreich Berlin-Ruß eine Wiedergewinnung